



Terror-Tatorte in Dortmund, Hamburg: Die Gewaltfrage ist keine Frage mehr

zern seine Anträge auf Steuerbefreiung stellte.

Oder: daß die FDP, als sie wieder einmal in Geldnot steckte, durch ein ganzes Konsortium von Industriellen am Leben erhalten wurde, damit sie in der sozialliberalen Koalition die Fahne der Marktwirtschaft hochhalte.

Oder: daß Konzernmanager von Brauchitsch und sein Duzfreund, der damalige FDP-Wirtschaftsminister Hans Friedrichs, schon 1976 darüber nachdachten, das sozialliberale Bündnis zu sprengen und eine konservativ-liberale Koalition zu schmieden.

Oder: daß sich der Christdemokrat Rainer Barzel jahrelang vom Flick-Konzern aushalten ließ. Hunderttausende Mark wurden gezahlt – quasi als Ausgleich dafür, daß Barzel 1973 den CDU-Vorsitz an Helmut Kohl abtrat. Deshalb mußte Barzel vom Amt des Parlaments-Präsidenten zurücktreten.

Aufgedeckt wurde das alles auch deshalb, weil SPD und Grüne ein Recht erstritten haben, das die Regierung dem Ausschuß zunächst verweigerte: Erst als das Karlsruher Verfassungsgericht entschied, die Exekutive sei zur Herausgabe aller Flick-Akten verpflichtet, konnte der Ausschuß wirklich arbeiten.

„Er hat damit“, urteilt der Staatsrechtsprofessor Hans-Peter Schneider aus Hannover, „wirklich bahnbrechend für das Parlament gewirkt.“ Keine Regierung wird es sich mehr erlauben können, einem Untersuchungsausschuß den Einblick in ihre Akten zu verwehren.

Auch bei künftigen Skandal-Untersuchungen werden die Sätze aus dem Urteil gelten: „Akten sind ein besonders wichtiges Beweismittel bei der Untersuchung politischer Vorgänge. Sie haben gegenüber Zeugenaussagen in der Regel einen höheren Beweiswert, weil das Gedächtnis von Zeugen aus mancherlei Gründen unergiebig werden kann.“

TERRORISMUS

Die Totengräber

Ein Bombenattentat auf ein Dortmunder Kaufhaus gab den Ermittlern Rätsel auf: Hat die RAF ihre Strategie geändert – oder waren ganz andere Terroristen am Werk?

Der Sprengsatz lag, versteckt in einer schwarzen Plastiktüte mit der Aufschrift „Life – Treffpunkt für den Musikfreund“, unter einer Vitrine im Dortmunder Kaufhaus Hertie. Als die 30 Zentimeter lange Rohrbombe detonierte, am Donnerstag letzter Woche um 15.32 Uhr, wurden nicht nur acht Menschen verletzt, politische Querschläger trafen auch die Grünen in Bonn.

Schon einen Tag nach der Tat – die Polizei hatte kaum Spuren gesichert – ließ die „Bild“-Zeitung in einem Kommentar erkennen, wer ihrer Meinung nach politische Mitverantwortung für den von Unbekannten verübten Anschlag trägt: die Bonner Grünen-Abgeordneten Christa Nickels und Antje Vollmer, die fünf Wochen zuvor, während des RAF-Hungerstreiks, einen Brief an den „lieben (Terroristen) Christian Klar“ („Bild“) geschrieben hatten, um ihn um einen Gesprächstermin zu bitten.

Wie „Bild“ nutzten, zwei Tage vor den Wahlen an der Saar, in Hessen und Berlin, vor allem Unionspolitiker den Anschlag von Dortmund zu einer Attacke auf die Grünen. CSU-Generalsekretär Gerold Tandler forderte, von nun an dürfe „keine demokratische Partei“ mehr mit „offensichtlich mit Terroristen sympathisierenden Grünen“ zusammenarbeiten. Auch der Düsseldorfer CDU-Oppositionsführer Bernhard Worms, der bei der NRW-Wahl am 12. Mai Ministerpräsident werden will, sah eine „geistige Verbindung zwischen grü-

ner Politik und politisch motivierter Gewalt“ dokumentiert.

„Bild“-Kommentator wie CDU-Wahlkämpfer gingen davon aus, daß die Dortmunder Bombe von der Roten Armee Fraktion gelegt worden war – eine Version, für die ein Umstand spricht: ein Anruf, der laut „Bild“ kurz nach der Tat in der „Bild“-Redaktion einging und in dem ein Anonymus behauptete, er spreche für eine „Aktion Christian Klar“, die sich zu dem Attentat bekenne.

Fahndungsbehörden und Verfassungsschützer hielten sich dagegen zurück. Vorsichtig erklärte ein Sprecher des Innenministeriums, falls Terroristen den Anschlag verübt haben sollten, wäre dies „als Versuch zu werten, Massenterror unmittelbar gegen die Bevölkerung zu richten“. Alexander Prectel, Sprecher der Bundesanwaltschaft, zog sich auf die Formel zurück: „Jedes Denkmodell ist möglich.“

Wenn in Dortmund tatsächlich die RAF gebombt haben sollte, dann gilt im westdeutschen Untergrund offenbar nichts mehr von dem, was jahrelang die Strategie der Baader/Meinhof-Nachfolger ausmachte – die Hertie-RAF wäre eine Terrorvereinigung, die mit der alten RAF nur noch den Namen gemein hat.

Die RAF der Baader, Meinhof, Ensslin und Raspe hatte – etwa 1975 in einem Brief an den SPIEGEL – jede Tat verurteilt, die sich „nicht gegen einen Angehörigen der herrschenden Klasse, sondern gezielt gegen das Volk“ richtet.

Eigenartig auch, daß der Anrufer bei „Bild“ nur erklärte: „Wir haben vor einer halben Stunde im Kaufhaus Hertie in Dortmund eine Bombe hochgehen lassen“ – keine weiteren Erläuterungen. Die Bombenleger müßten mithin einer RAF angehören, die auf eine ideologische Begründung von Anschlägen keinen Wert mehr legt – eine Eigenart, die bislang eher Rechtsradikale kennzeichnete, die 1980 auf dem Bahnhof in Bolo-

gna 85 Reisende und in München 12 Oktoberfestbesucher zersprengten.

Allerdings paßten ungezielte Anschläge auf Passanten auch in das Repertoire einer ausländischen Organisation, der sich westdeutsche Linksterroristen ideologisch verbunden fühlen: der Irisch-Republikanischen Armee. IRA-Fighter waren es, die 1983 vor dem Londoner Kaufhaus Harrods einen mit Sprengstoff vollgepackten Wagen in die Luft jagten, 5 Passanten töteten und 91 verletzten.

Fahnder gehen davon aus, daß es eine unberechenbare „neue RAF“ gibt, die unabhängig von ihren inhaftierten Genossen agiert. Doch außer der Tatsache, daß sich diese Terroristen mit Komplizen aus Belgien und Frankreich verbündet (SPIEGEL 6/1985) und nach dem Mord an dem Münchner Luftfahrt-Manager Ernst Zimmermann den Namen des im Hungerstreik gestorbenen IRA-Aktivisten Patrick O'Hara reklamiert haben, ist über Struktur und Mitglieder dieser Organisation kaum etwas bekannt.

Daß in dem Telefonat mit „Bild“ – wenn es denn echt war – der Name Christian Klar fiel, läßt eine Reihe von Vermutungen zu. Als Anrufer könnte durchaus auch jemand in Frage kommen, der kurz vor den Wahlen Stimmung gegen Grüne und Linke machen wollte – zumal „Bild“ just am Tage des Bombenanschlags den fünf Wochen alten Grünen-Brief an Christian Klar als „Dokument des Kniefalls vor Terroristen und Mördern“ abgedruckt hatte.

Bombenleger und/oder Anrufer könnten aber auch, wie ein hoher Verfassungsschützer letzte Woche vermutete, „unbedarfte junge Leute gewesen sein, die die ganze RAF-Geschichte falsch verstanden haben und nun einfach den Namen Christian Klar benutzen“.

Doch ganz gleich, wer in Dortmund gebombt hat, ob RAF, Rechtsextremisten oder Halbstarke – die Detonation im Kaufhaus ist ein weiteres Indiz dafür, daß die westdeutsche Gewaltszene eine Qualitätsveränderung erfahren hat. Fast zwei Jahrzehnte nach den ersten politisch motivierten Anschlägen ist die Schwelle zur Gewalt so weit herabgesunken, daß kaum überschaubar ist, wer sie wann und weshalb überschreitet.

Zu RAF und Revolutionären Zellen (RZ) hat sich eine Vielzahl von Grüppchen gesellt, für die die Gewaltfrage keine Frage mehr ist. Mit Brandsätzen und Bomben hantieren fanatische Tiereschützer und verbissene Kernkraftgegner, gewalttätige Autonome und frustrierte Ökokämpfer (siehe Seite 82).

Immer seltener sind Terroristen-Fahnder sicher, wem welche Tat zuzuordnen ist. So tappten Hamburger Kriminalbeamte und Staatsschützer letzte Woche auch bei der Einschätzung eines Anschlags im dunkeln, der am Gebäude von Schiffsmaklern im Stadtteil Altona für 50 000 Mark Sachschaden anrichtete. Polizei und Verfassungsschutz vermuteten zunächst übereinstimmend, die Tat

Was hat rheinischer Weitblick mit Beton zu tun?



habe einen „privaten Hintergrund“. Doch die Ermittler hatten geirrt: Der Anschlag zählte zu einer Serie von Taten, die in derselben Nacht an Gebäuden des Gesamtverbands des Deutschen Steinkohlenbergbaus in Essen und der Industriegewerkschaft Bergbau und Energie in Bochum Sachschäden verursachten, aber niemanden verletzten.

Als dieser Zusammenhang deutlich geworden war, hatten die Ermittler keinen Zweifel mehr: Arbeitnehmer, Arbeitgeber und Makler, die während des Streiks der britischen Bergarbeiter deutsche Kohle nach England verschifft hatten, waren offenbar zu Zielen der Revolutionären Zellen geworden.

Einen Bekennerbrief, den die RZ am Freitag an die Deutsche Presse-Agentur geschickt hatten, werteten die Fahnder als unzweifelhaft echt. Die Täter begründeten ihre Anschläge mit dem Hinweis, in den drei Gebäuden säßen „die Totengräber des Bergarbeiterstreiks“.

BANKEN

Leichte Hand

Eine Hamburger Tochter der Deutschen Bank hat sich in Asien verhöhnt – zwei Vorstandsmitglieder müssen gehen.

Von Friedrich Wilhelm Christians, einem Sprecher der Deutschen Bank, ist überliefert, wie Deutschlands größtes Kreditinstitut mit strauchelnden Kollegen verfährt: „Wer einmal einen Fehler macht, wird freundschaftlich am Ohr gezupft.“

Bei zwei leitenden Herren eines Tochterunternehmens in Hamburg hat die Frankfurter Zentrale offenkundig alle Hoffnung auf einen Erfolg der sanften Methode fahren lassen: Michael Böhm und Nikolaus Korsch, beide Vorstandsmitglieder der European Asian Bank (Eurasbank), müssen ihre Posten verlassen. Nach Ansicht der Muttergesellschaft haben die beiden Banker vor allem bei Krediten in Taiwan und Hongkong das nötige Augenmaß vermissen lassen. Statt auf riskante Geschäfte zu verzichten und in guter Ruhe den Gewinn zu mehren, setzte die Bankspitze voll auf den Wirtschafts-Boom im Pazifik – bis in Frankfurt die Alarmglocken schrillten.

Als gegen Ende vergangenen Jahres ein größerer Kredit in Taiwan zu wackeln begann, reisten Experten von Frankfurt nach Hamburg, um die Geschäfte in Asien auf weitere Risiken abzuklopfen. Der Deutschen Bank gehören zwar lediglich sechzig Prozent des hanseatischen Bankhauses**, doch der Gang der Geschäfte wird nahezu ausschließlich von Frankfurt aus dirigiert.

Jahrelang waren die Konzernlenker mit der Tochter in Hamburg äußerst zufrieden gewesen. Noch vor einem

Jahrzehnt lag das Geschäftsvolumen der Eurasbank bei knapp 800 Millionen Mark, 1980 war es bereits mehr als das Sechsfache – gut 5,1 Milliarden Mark.

Dann, mit Beginn der achtziger Jahre, gab es kein Halten mehr. Das Geschäftsvolumen wurde noch einmal, auf inzwischen über zehn Milliarden Mark, verdoppelt. Marge geht vor Volumen – dieser Grundsatz, an dem die Deutsche Bank sich so gern orientiert, schien in der Eurasbank an Bedeutung zu verlieren. „Da waren“, sagt ein Eingeweihter, „Wachstumsfetschisten am Werk.“

Heute ist die Bank mit 27 Niederlassungen im asiatisch-pazifischen Raum



Bankiers Korsch (l.), Böhm (r.): Wacklige Forderungen

vertreten – von Hongkong, Taiwan und Japan bis Australien und Pakistan. Der Mann, der Mitte der siebziger Jahre das starke Wachstum der Bank mit angeschoben hatte, rückte 1981 in den Vorstand der Deutschen Bank auf: Ulrich Cartellieri, Sohn eines Staatssekretärs unter Adenauer.

Cartellieri, der heute den Aufsichtsrat der Eurasbank leitet, hat offenbar die Risiken der starken Expansion in Asien allzu wohlwollend bewertet. Als die Revisoren aus Frankfurt die Zahlen näher untersuchten, staunten sie über die leichte Hand, mit der in Asien vielfach die Kreditkunden ausgewählt wurden. Was

* Mit Vorstandskollege Tjark H. Woydt, der auf seinem Posten bleibt.

** Die österreichische Creditanstalt-Bankverein hält 22 Prozent, jeweils neun Prozent gehören der holländischen Amsterdam-Rotterdam Bank sowie der belgischen Société Générale de Banque.

die Deutsche Bank hierzulande sorgsam vermeidet, hatten die Kollegen im Fernen Osten getan: Sie hatten Kredite allzuoft an mittelständische Firmen ohne ausreichende Sicherheiten vergeben.

Als besonders schmerzlich erwiesen sich derlei Geschäftsverbindungen in Taiwans Hauptstadt Taipeh. Während die großen Firmen ihren Banken üblicherweise eine erstrangige Absicherung im Grundbuch gewähren, verließ sich die Eurasbank häufig allein auf die testierten Bilanzen ihrer Kreditnehmer.

Das aber, weiß ein Taiwan-Kenner, sei deshalb überaus gefährlich, weil die Phantasie der Buchhalter im kapitalistischen China besonders ausgeprägt sei. Es gäbe stets drei Bilanzen – eine für den Hausgebrauch, eine für die Steuer und eine für die ahnungslose ausländische Bank.

Die Erkenntnis, daß die Geschäfte in Asien sich immer – wie ein Frankfurter Bankier meint – „zwischen Hallelujah und Weltuntergang“ bewegen, wird die Euras-Banker und ihren Aufsichtsrat Cartellieri kaum trösten.

Denn die Muttergesellschaft will die Probleme rasch gelöst sehen, um Rufschaden zu vermeiden. Die erforderlichen Abschreibungen für 1983 erreichten bereits die Eigenmittel der Eurasbank in Höhe von 410 Millionen Mark.

So haben die Deutsche Bank und die übrigen Aktionäre der Eurasbank zunächst einmal die wackligen Forderungen und da-

mit die für das relativ kleine Institut gefährlichen Risiken abgenommen. Der Zweck der kosmetischen Operation: Der nächsten Hauptversammlung wird eine ausgeglichene Bilanz vorgelegt, wenn auch von Dividende keine Rede sein kann.

Doch mit der geschönten Bilanz sind die internen Probleme längst nicht erledigt. Faule Kredite müssen abgeschrieben, Reserven lockergemacht werden. Da bleibt für den neuen Vorstand noch reichlich aufzuräumen.

Für die abgeschobenen Vorstandsmitglieder Böhm und Korsch, die bei der Muttergesellschaft unterkommen, steht schon Ersatz bereit: Henning Offen von der hauseigenen Handelsbank in Lübeck und Alfred Steffen von der Deutschen Bank Essen. Kleinere Probleme erledigt das Haus sofort. ◆